

FlüchtlingsRAT NRWe.V.

Newsletter **September 2016**

Liebe Leserinnen und Leser!

In der September-Ausgabe unseres Newsletters berichten wir unter anderem über die polizeiliche Räumung eines Kirchenasyls in Münster, erklären, warum die Landesregierung momentan viele Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge schließt und erläutern die Auswirkungen des so genannten „Integrationsgesetzes“ für Flüchtlinge in NRW. Außerdem stellen wir euch unseren neuen Newsletter für ehrenamtliche Flüchtlingshelferinnen vor und laden euch herzlich zur Verleihung des Ehrenamtspreises am 29. Oktober nach Essen ein. Wie immer freuen wir uns über Lob, Kritik und Rückmeldungen aller Art. Wenn Ihr den Newsletter nicht mehr erhalten möchtet, schreibt einfach eine E-Mail an die Adresse [initiativen\(at\)frrnw.de](mailto:initiativen(at)frrnw.de).*

Neuer Ehrenamtsnewsletter des Flüchtlingsrats NRW

Zusätzlich zu unserem Newsletter, in dem wir über allgemeine flüchtlingspolitische Entwicklungen berichten, bietet der Flüchtlingsrat NRW nun auch die EhrenamtsNews an, die sich speziell an Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit richten. Wie behalte ich den Überblick über asylrechtliche Änderungen und über das Asylverfahren? Wo sind meine persönlichen zeitlichen und emotionalen Grenzen im Ehrenamt? Wie gehe ich mit traumatisierten Menschen um? Diese und weitere Fragen werden in den EhrenamtsNews behandelt. Die erste Ausgabe der EhrenamtsNews ist Mitte August erschienen und enthält Beiträge unter anderem zu Fortbildungsangeboten, zum Integrationsgesetz und zum Umgang mit Sammelregistrierungen. Wenn Ihr die EhrenamtsNews regelmäßig erhalten möchtet, schreibt einfach eine E-Mail an die Adresse [ehrenamt2\(at\)frrnw.de](mailto:ehrenamt2(at)frrnw.de)

EhrenamtsNews Ausgabe 1/2016 (PDF)

Verleihung des Ehrenamtspreises am 29. Oktober

Die Ankunft hunderttausender Flüchtlinge hat in den letzten Jahren viele Menschen dazu ermutigt, sich zu engagieren und ihre Solidarität mit den Schutzsuchenden zu zeigen. In nahezu jeder Stadt sind neue Willkommensinitiativen entstanden. Viele dieser oft spontan gebildeten Zusammenschlüsse haben ihre Arbeit in den letzten Monaten verstetigt und professionalisiert. Auch Ehrenamtliche, die zum Teil bereits seit Jahrzehnten in der Flüchtlingshilfe aktiv sind, haben mit ihrer Erfahrung und

ihrem Fachwissen einen großen Beitrag geleistet. Um dieses Engagement zu würdigen, vergibt der Flüchtlingsrat NRW in diesem Jahr zum ersten Mal einen Ehrenamtspreis. Damit sollen all diejenigen geehrt werden, die – teils in den letzten Monaten, teils schon seit Jahren – unglaublich viel Energie, Herzblut und Arbeitszeit investiert haben, um das Wort „Willkommenskultur“ mit Leben zu füllen. Unter den zahlreichen Initiativen und Einzelpersonen, die uns für den Ehrenamtspreis vorgeschlagen wurden, haben wir acht ausgesucht, deren Engagement uns ganz besonders beeindruckt hat. Film-Studierende der Fachhochschule Dortmund haben unsere Favoriten einige Zeit begleitet und ihre alltägliche Arbeit in Kurzfilmen festgehalten, die wir bei der Preisverleihung zeigen werden. Auch für das leibliche Wohl und ein kulturelles Rahmenprogramm ist gesorgt. Abends laden wir alle Gäste dazu ein, das 30-jährige Bestehen des Flüchtlingsrats NRW mit einem kleinen Umtrunk zu begehen. Die Verleihung des Preises findet am 29. Oktober ab 15.30 Uhr im Kulturzentrum Zeche Carl in Essen statt. Wenn Ihr an der Veranstaltung teilnehmen möchtet, meldet euch bitte bis zum 9. Oktober unter der E-Mail-Adresse [aktionen\(at\)fnrw.de](mailto:aktionen(at)fnrw.de) bei uns an.

Polizei räumt Kirchenasyl in Münster

In Münster haben sich Polizeikräfte und Mitarbeiterinnen der Coesfelder Ausländerbehörde am 23. August Zutritt zu einem Kloster verschafft, um einen dort untergebrachten Flüchtling abzuschieben. Der 31-jährige Mann aus Ghana sollte nach Ungarn überstellt werden, weil er dort bereits vor seiner Einreise nach Deutschland registriert worden war. Es ist das erste Mal seit mehr als zehn Jahren, dass Behörden in NRW ein Kirchenasyl gebrochen haben.

Immer wieder gewähren Klöster und Kirchengemeinden Flüchtlingen, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die sich in einer besonderen Notlage befinden, Schutz vor der Abschiebung. Die Zahl der Kirchenasyle hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen – und damit auch die Konflikte mit Politik und Verwaltung. In den allermeisten Fällen verzichten die Behörden aber auf eine Konfrontation mit den Kirchen. Auch deshalb erntete die Coesfelder Ausländerbehörde für ihre Aktion heftige Kritik. „Die polizeiliche Räumung eines Kirchenasyls stellt einen absoluten Tabubruch dar“, sagte Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrates NRW. „Noch vor kurzem wäre ein solcher Schritt in NRW unvorstellbar gewesen.“ Für diese Entwicklung machte der Flüchtlingsrat NRW die Landesregierung mitverantwortlich. Das Innenministerium hatte erst vor kurzem angekündigt, noch rigoroser mit abgelehnten Asylsuchende zu verfahren und die Zahl der Abschiebungen deutlich zu erhöhen. Damit habe das Land erheblich dazu beigetragen, „solche Maßnahmen nicht nur in den Köpfen, sondern auch in der tatsächlichen Umsetzung zuzulassen“, so Naujoks.

Die Geschichte des ghanaischen Flüchtlings aus Coesfeld hat aber trotz der Räumung des Kirchenasyls noch eine glückliche Wendung genommen: Das Verwaltungsgericht Münster hat die geplante Überstellung nach Ungarn vorläufig ausgesetzt. Die Richterinnen äußerten Zweifel, dass das ungarische Asylsystem den Anforderungen der europäischen Menschenrechtskonvention gerecht wird. Deshalb werden nun voraussichtlich deutsche Behörden über den Asylantrag des Ghanaers entscheiden.

Flüchtlingsrat NRW: Unrühmlicher Gipfel der Abschiebungspolitik (24.08.2016)

Süddeutsche Zeitung: Von der Brutalität schockiert (24.08.2016)

NRW schließt Erstaufnahme-Einrichtungen

Die nordrhein-westfälische Landesregierung will in den nächsten Monaten die Zahl der Plätze in ihren Erstaufnahme-Einrichtungen für Flüchtlinge drastisch verringern. Derzeit stehen in den Einrichtungen des Landes rund 62.000 Aufnahmeplätze zur Verfügung, doch nur knapp die Hälfte ist tatsächlich belegt. Deshalb will die Landesregierung ihre Aufnahmekapazitäten auf 35.000 Plätze reduzieren. Außerdem sollen weitere 10.000 Aufnahmeplätze vorgehalten werden, die im Bedarfsfall kurzfristig eingerichtet und bezogen werden können, und zusätzliche Flächen reserviert werden, auf denen in denen innerhalb kürzester Zeit neue Einrichtungen mit insgesamt 5.000 Plätzen entstehen könnten. Im vergangenen Jahr hatte das Land aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen zahlreiche neue Einrichtungen geschaffen. Bereits in den letzten Monaten waren jedoch viele Notunterkünfte wieder geschlossen worden, weil die Zahl der Schutzsuchenden deutlich zurückgegangen war. Seit die osteuropäischen Länder im Frühjahr die so genannte Balkan-Route für Flüchtlinge geschlossen haben, schaffen es nur noch wenige Asylsuchende nach Deutschland.

Bezirksregierung Arnsberg: Planungen des Landes für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen (26.08.2016)

Kölner Stadtanzeiger: NRW baut fast jeden zweiten Erstaufnahmeplatz ab (26.08.2016)

Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge sorgt für Unmut

Seit Inkrafttreten des neuen Integrationsgesetzes haben Kommunen die Möglichkeit, auch für anerkannte Flüchtlinge Wohnsitzauflagen zu verhängen. Das bedeutet, dass sich die Betroffenen auch nach dem Abschluss des Asylverfahrens nicht aussuchen können, in welcher Stadt sie leben möchten. Stattdessen müssen sie in der Kommune bleiben, in der sie auch während des Asylverfahrens gelebt haben. Bislang waren solche Auflagen nur für Personen möglich, die sich entweder noch im Asylverfahren befanden oder deren Asylantrag abgelehnt worden war. Die neue Regelung führt auch in nordrhein-westfälischen Kommunen zu Chaos und Unmut bei den betroffenen Flüchtlingen. Medienberichten zufolge haben Flüchtlinge in mehreren Ruhrgebietsstädten bereits die Aufforderung erhalten, umzuziehen. Einige der Betroffenen wollen gegen die Zwangsumzüge klagen. Flüchtlingsorganisationen haben die neuen Regelungen als integrationspolitisches Desaster kritisiert. Einige nordrhein-westfälische Kommunen hoffen jedoch, durch die Wohnsitzauflage Kosten für Sozialausgaben zu sparen.

Der Westen: Städte weisen anerkannte Flüchtlinge aus NRW aus (30.08.2016)

Flüchtlingsrat NRW: Wo müssen Flüchtlinge zukünftig wohnen?

Pressemitteilung FR NRW: Unverhältnismäßig und unzumutbar: Die neue „integrationsfördernde“ Wohnsitzauflage

Innenminister wollen Abschiebungen nach Nordafrika beschleunigen

Im Zuge eines gemeinsamen Pilotprojekts wollen Bundesinnenminister Thomas de Maiziere und sein nordrhein-westfälischer Amtskollege Ralf Jäger Konzepte entwickeln, um straffällig gewordene Flüchtlinge aus Nordafrika schneller abschieben zu können. Das hat das nordrhein-westfälische Ministerium für Inneres und Kommunales Mitte August in einer Pressemitteilung angekündigt. Das Projekt solle „auch dazu dienen, noch bestehende Probleme bei der Abschiebung zu identifizieren, diese Probleme an beispielhaften Einzelfällen aufzuzeigen und sie dann möglichst schnell zu beheben“.

Ministerium für Inneres und Kommunales: Straffällig gewordene Nordafrikaner müssen endlich schneller abgeschoben werden (12.08.2016)

Bundesregierung veröffentlicht Abschiebungsstatistik

Fast 14.000 Menschen sind zwischen Januar und Juni 2016 aus Deutschland abgeschoben worden. Das geht aus einem Anfang August veröffentlichten Bericht der Bundesregierung hervor. Damit dürfte sich die stark steigende Tendenz der letzten Jahre auch in diesem Jahr weiter fortsetzen. Im gesamten Jahr 2015 waren es 20.888 Abschiebungen gewesen, 2014 hatte die Bundesregierung noch 10.884 Fälle gezählt. Der Düsseldorfer Flughafen entwickelt sich dabei immer mehr zum Knotenpunkt: 2.561 Abschiebungen wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres über den Flughafen der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt abgewickelt. Damit liegt Düsseldorf in der Statistik nur noch knapp hinter dem Frankfurter Flughafen, der 2.807 Fälle zu verzeichnen hatte. Die meisten Abschiebungen erfolgten in die Länder der westlichen Balkanregion (Albanien, Kosovo, Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina).

Syrische Flüchtlinge: Gerichte bestätigen politische Verfolgung

Seit einigen Monaten ist das für die Prüfung von Asylanträgen zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dazu übergegangen, den meisten syrischen Asylsuchenden nur noch einen so genannten subsidiären Schutzstatus zuzusprechen. Personen mit subsidiärem Schutzstatus sind im Vergleich zu anerkannten Flüchtlingen in vielen Bereichen schlechter gestellt. So gilt für sie beispielsweise eine lange Wartefrist für die Familienzusammenführung. Erst ab dem 16. März 2018 dürfen ihre Angehörigen nach Deutschland einreisen. Das Bundesamt begründet seine Entscheidungspraxis damit, dass die meisten syrischen Flüchtlinge lediglich vor dem Bürgerkrieg in ihrem Heimatland geflohen seien, aber keine individuelle politische Verfolgung befürchten müssten. Genau das sehen einige Gerichte offenbar anders. So hat beispielsweise das Verwaltungsgericht Düsseldorf Mitte August entschieden, dass einem syrischen Flüchtling, der gegen den Bescheid des Bundesamts geklagt hatte, tatsächlich vollumfänglicher Flüchtlingsschutz zusteht. Denn es sei davon auszugehen, dass „der syrische Staat die illegale Ausreise, den Aufenthalt im westlichen Ausland und die Asylantragstellung inzwischen generell als Ausdruck einer regimiekritischen Überzeugung auffasst“. Deshalb müsse der Kläger tatsächlich befürchten, dass das Assad-Regime ihn aus

politischen Gründen verfolgen werde, falls er nach Syrien zurückkehrt. Damit habe der Mann Anspruch auf „die Gewährung der Flüchtlingseigenschaft“, so die Düsseldorfer Richterinnen.

FAZ: Immer mehr Gerichte sprechen Syrern umfänglichen Schutz zu (26.08.2016)

Termine

03.09.2016: Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW. 11.00 Uhr, Haus der Begegnung, Alsenstraße 19a, Bochum.

Weitere Informationen unter www.fnrnw.de

05.09.2016: Vortrag „Argumente gegen Stammtischparolen“. 19.00 Uhr, Wichernhaus, Marktstiege 9, Mönchengladbach.

Weitere Informationen unter www.philippus-akademie.de

07.09.2016: Fortbildung „Aktuelle Rechtsentwicklungen für Geflüchtete“. 18.00 Uhr, Gemeindesaal St. Josef, Kortenstraße 8, Sprockhövel.

Anmeldungen an die E-Mail-Adresse [fluechtlingsunterstuetzung\(at\)caritas-en.de](mailto:fluechtlingsunterstuetzung(at)caritas-en.de)

09.09.2016: Seminar „Frust im Ehrenamt vermeiden - Aktiv für Flüchtlinge“. 17.00 Uhr, Bildungswerk Multi Kulti, Münsterstr. 46b, Lünen.

Anmeldungen bitte an [wb\(at\)multikulti-forum.de](mailto:wb(at)multikulti-forum.de)

09.-10.09.2016: Argumentationsseminar gegen rechte und rassistische Positionen im privaten Umfeld. Jugendherberge „Bermuda3Eck“, Humboldtstraße 59-63, Bochum.

Weitere Informationen unter www.boell.de

10.09.-16.10.2016: Foto-Ausstellung „Die vergessenen Flüchtlinge Südosteuropas“. Werner-Jaeger-Halle, An den Sportplätzen 7, Nettetal.

Weitere Informationen unter www.judith-bueth.de

13.09.-04.10.2016: Schulung „Deutsch als Fremdsprache (Fortgeschrittene)“. Vier Termine, jeweils dienstags um 18.00 Uhr, Haus des Kirchenkreises Gladbach-Neuss, Hauptstraße 200, Mönchengladbach.

Weitere Informationen unter www.philippus-akademie.de

13.09.2016: Workshop „Grundlagen interkultureller Kompetenz“. 17.00 Uhr, Gemeindesaal St. Josef, Kortenstraße 8, Sprockhövel.

Anmeldungen an die E-Mail-Adresse [fluechtlingsunterstuetzung\(at\)caritas-en.de](mailto:fluechtlingsunterstuetzung(at)caritas-en.de)

14.09.-05.10.2016: Schulung „Deutsch als Fremdsprache (Neueinsteiger)“. Vier Termine, jeweils mittwochs um 18.00 Uhr, Haus des Kirchenkreises Gladbach-Neuss, Hauptstraße 200, Mönchengladbach.

Weitere Informationen unter www.philippus-akademie.de

21.09.2016: Vortrag „Asyl- und Flüchtlingsberatung in Lünen“. 17.30 Uhr, Bildungswerk Multi Kulti, Münsterstr. 46b, Lünen.

Anmeldungen bitte an [wb\(at\)multikulti-forum.de](mailto:wb(at)multikulti-forum.de)

23.09.2016: Fortbildung „Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft als Herausforderung der politischen Bildungsarbeit“. 10.00 Uhr, Geschäftsstelle von BÜNDNIS 90/Die Grünen, Ebertplatz 23, Köln.

Weitere Informationen unter www.koelnische-gesellschaft.de

27.09.2016: Vortrag „Flüchtlingsarbeit konkret“. 9.30 Uhr, Haus Landeskirchliche Dienste, Graf Recke-Straße 209, Düsseldorf.

Weitere Informationen unter www.philippus-akademie.de

29.09.2016: Seminar „Argumentationshilfen gegen Stammtischparolen“. 18.00 Uhr, Freiwilligenbörse, Dorfstraße 13, Sprockhövel

Anmeldungen an die E-Mail-Adresse [fluechtlingsunterstuetzung\(at\)caritas-en.de](mailto:fluechtlingsunterstuetzung(at)caritas-en.de)

30.09.2016: Austausch- und Vernetzungstreffen der nordrhein-westfälischen Grünen zum Thema „Integration und Asylrecht in NRW gestalten“. 15.00 Uhr, Landtag, Platz des Landtags 1, Düsseldorf.

Weitere Informationen unter www.monika-dueker.de

29.10.2016: Verleihung des Ehrenamtspreises des Flüchtlingsrates NRW. 15.30 Uhr. Kulturzentrum Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, Essen.

Weitere Terminhinweise, flüchtlingspolitische Nachrichten und Informationen über unsere Arbeit findet Ihr auf unserer Homepage www.frnw.de und auf unserer Facebook-Seite <http://www.facebook.com/FluechtlingsratNRW>.

* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

www.frnw.de

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum